

Barbara Dribbusch

Begehrt ist, was Sicherheiten verspricht

Die Alterung der Gesellschaft erzeugt neue Ungerechtigkeiten

Klassische Verteilungskämpfe zwischen den Generationen verlieren an Bedeutung. Es entstehen neue Spaltungslinien innerhalb der Altersgruppen: »Handarbeiter« werden häufiger arbeitsunfähig und arbeitslos, können nicht so lange arbeiten wie Akademiker und werden somit eine weit geringere Rente beziehen. Privates Vermögen wird eine größere Rolle spielen, um die Risiken des Alters abzufedern, aber das ist ein Privileg einer Minderheit. Eine Gesellschaft der Langlebigen braucht die Absicherung des Einzelnen durch Solidarsysteme.

Barbara Dribbusch

(* 1956) ist Buchautorin, Kolumnistin und Redakteurin bei der taz in Berlin. Sie hat Amerikanistik und Soziologie studiert.

dribbusch@taz.de



JULIAN HERRGHEIN/BLISSAU

Als die Antidiskriminierungsstelle des Bundes im vergangenen Jahr eine Umfrage zur Altersdiskriminierung vorstellte, erlebten manche der anwesenden Journalisten eine Überraschung. Statt zu hören, wie schwer es Ältere auf dem Arbeitsmarkt haben, beklagten sich vor allem die Jüngeren, dass ihnen aufgrund ihres Alters Aufstiegschancen verwehrt werden und Gehälter mager ausfallen.

Das Gefühl der Benachteiligung zieht sich durch die Generationen. »Jugendwahn!« klagen die Älteren, wenn die hohen Arbeitslosenquoten der über 50-Jährigen durch die Medien rauschen. »Überalterung« rügen die Jüngeren, wenn sie in einem Betrieb in einer Krise aufgrund der Sozialauswahl als erste entlassen werden.

Die Konstellation des vermeintlichen Generationenkonflikts ist dabei einzigartig. Denn allein hier handelt es sich um einen Verteilungsstreit, in dem jeder im Leben automatisch die Seiten wechselt, es sei denn, er oder sie stirbt jung: Wer mit 30 die Überalterung in einer Firma beklagt, jammert

mit 60 wahrscheinlich über den Jugendwahn.

Dabei dürften sich die heute Jungen später erst recht in einer Gesellschaft der Alten wiederfinden. Der sogenannte Altenquotient, also das Verhältnis der BürgerInnen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren zu denen über 65 Jahren, liegt derzeit bei etwa 4:1. Es wird bis zum Jahre 2030 auf 3:1 und bis zum Jahre 2060 auf 2,6:1 sinken, so die von der Bertelsmann-Stiftung unlängst veröffentlichten Schätzungen. Auch die heute Jungen sollten sich somit freuen, wenn die Senioren an sexy Altersbildern basteln. Es kommt irgendwann auch mal ihnen zugute.

Es ist also nicht ein knallharter Generationenkonflikt, der in Deutschland angesichts des demografischen Wandels droht. Vielmehr entstehen Spaltungen, die weniger mit den Unterschieden zwischen den Generationen zu tun haben, als mit Arbeitsbedingungen, dem Bildungsstand und der Vermögenssituation. Durch die Alterung werden die damit verbundenen Privilegierungen und Exklusionen lediglich verstärkt. Die Risse verlaufen dabei teilweise quer durch die Mittelschichtmilieus.

Man erlebt dies am Arbeitsmarkt. Um 12 % sei die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zwischen 60 und 65 Jahren im Jahre 2012 gegenüber dem Vorjahr gestiegen, meldeten die Statistiker im April. Das sind Steigerungen, die sich die Bundes-

regierung gerne als Beleg dafür ans Revers heftet, dass sich die Erwerbsgesellschaft langsam vom Jugendwahn verabschiedet und Ältere im Betrieb eine größere Akzeptanz finden. Schön wär's.

In Wirklichkeit ist nach wie vor nicht einmal jeder Dritte in dieser Altersgruppe noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Erwerbsbeteiligung ist damit nur halb so hoch wie in jüngeren Altersgruppen. Wer zudem seinen Job im Alter verliert, hat sehr viel schlechtere Chancen als Jüngere, wieder eine Anstellung zu finden. Und wer behauptet, die Älteren blockierten die Jobs für die Jüngeren, wird durch die Statistik widerlegt. Deutschland hat im internationalen Vergleich eine beneidenswert geringe Jugendarbeitslosigkeit.

Gespaltener Arbeitsmarkt bei den Älteren

Bei den Älteren gebe es einen »gespaltenen Arbeitsmarkt«, sagt eine Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit. Wer als Älterer eine unbefristete Stelle hat, läuft durch den Kündigungsschutz weniger Gefahr, entlassen zu werden als ein jüngerer Kollege. Doch verliert man jenseits der 55 erst einmal seinen Job, ist ein Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt kaum möglich. Damit wächst die Angst vor Exklusion besonders bei jenen älteren Erwerbstätigen, die in Kleinbetrieben oder in Branchen wie dem Handel oder dem Gastgewerbe arbeiten. Denn sie sind weit weniger geschützt vor den Folgen des Alterns als die Arbeitnehmer in gut aufgestellten großen Firmen.

Anders gesagt: Angesichts des demografischen Wandels wächst die Bedeutung des Kündigungsschutzes. Das fällt inzwischen auch neoliberalen Wirtschaftspolitikern auf. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich nach der Finanzkrise auch deswegen so gut gehalten, weil man hierzulande in Krisenzeiten eben nicht ohne Weiteres tausende von Arbeitnehmern billig entlassen

kann und sie daher lieber in Kurzarbeit schickt.

Eine weitere Spannung ergibt sich in Bezug auf die Länge des Erwerbslebens. Aufgrund des demografischen Wandels verlängert sich die Lebensarbeitszeit des Einzelnen. Das hat zur Folge, dass derjenige, der bis zur gesetzlichen Altersgrenze durchhalten kann, später auch mehr Rente bekommt. Damit tritt eine Ungerechtigkeit auf den Plan, die in den letzten Jahrzehnten verblasst ist, jetzt aber wieder in den Fokus rückt. Es sind die Unterschiede im Verschleiß an Körper und Nerven zwischen den »Kopf-« und den »Handarbeitern«.

Diese Unterschiede lassen sich auf verschiedenen Ebenen feststellen: Erwerbstätige in wenig anregenden, gesundheitsgefährdenden Berufen verdienen meist weniger Geld als Akademiker, haben ein höheres Risiko ihren Job zu verlieren und leben kürzer. »Personen mit höheren Qualifikationsabschlüssen sind bedeutend häufiger beschäftigt als Personen mit niedrigen«, heißt es über die Erwerbsbeteiligung der Älteren beim Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Besonders auffällig sind die Unterschiede im gesundheitlichen Bereich. Im Bundesgesundheitsblatt 2013/3 veröffentlichten Sozialforscher Daten zu Arbeit, Alter, Gesundheit und Erwerbsteilhabe. »Insbesondere die Professionen (Ärzte, Richter, Wissenschaftler etc.), die Ingenieure und (...) die Manager gehören bei den Männern sowie bei Frauen zu den Berufsgruppen mit den günstigsten Gesundheitswerten«, schreiben die Autoren Hans Martin Hasselhorn und Angela Rauch. Im Gegensatz dazu zeigten die »einfachen manuellen Berufe sowie die einfachen Dienste durchgehend schlechte Platzierungen«.

Akademiker halten länger durch im Job. Die oft aufgestellte Behauptung, Ältere seien heute gesünder als früher, trifft eben nur auf bestimmte Bildungs- und Berufsgruppen zu. Auch Hasselhorn und Rauch schreiben, dass »der beobachtete Gesund-

heitszuwachs bereits heute bildungsabhängig ist, das heißt, dass nachwachsende Geburtskohorten mit hoher Bildung eine bessere, jene mit niedriger Bildung eine schlechtere Funktionsfähigkeit haben als vor ihnen geborene«.

Diese schlechten Gesundheitswerte haben Folgen. Ein Drittel der Bauarbeiter beziehen vor Erreichen der Altersrente Hartz-IV-Leistungen. Es ist eine schlimme Kränkung, wenn diejenigen, die besonders hart ackerten, in den späten Jahren als Bittsteller im Jobcenter stehen und dort ihre persönlichen Lebensverhältnisse offenbaren müssen. Bitter wird es auch für die Pflegeberufe. In der Altenpflege etwa finden viele PflegerInnen heute in Heimen nur noch eine 30-Stunden-Anstellung. Gerade bei älteren MitarbeiterInnen wollen die Arbeitgeber damit das Ausfallrisiko bei Erkrankung mindern. Die Frauen finanzieren ihre Entlastungsteilzeit sozusagen selbst. Bei den geringen Entgelten droht ihnen Altersarmut, und das, obwohl sie sich selbst jahrelang für Alte einsetzen.

In einer Gesellschaft der Langlebigen wächst die Angst vor dem persönlichen Abstieg. Kein Wunder also, dass jene besonders privilegiert wirken, die eine solche Zukunftsangst nicht haben müssen. Ganz oben stehen die Beamten. Sie können nicht arbeitslos werden, sie erhalten im Krankheitsfall ihre Besoldung ungeschmälert weiter, ihre Pensionen berechnen sich anders als gesetzliche Renten. »Spätestens an der Pensionsgrenze öffnet sich die Einkommensschere zwischen Ruhestandsbeamten und Beitragszahlern der gesetzlichen Rentenversicherung«, schreibt Christoph Birnbaum in seinem Buch *Die Pensionslüge*. Er verweist auf eine Rechnung im Magazin *Stern*, wonach das Altersruhegeld einer verbeamteten Kriminalkommissarin um 700 Euro höher liegt als das eines Angestellten mit dem gleichen Bruttoverdienst. Das Neidpotenzial im Streit um die Beamtenprivilegien ist groß, es nährt sich aus der Absturzangst der anderen.

Vermögen als Pille gegen die Angst

Alles ist begehrt, was Sicherheiten verspricht. Private Vermögen wirken als die beste Beruhigungspille gegen die Angst vor Abstieg und Exklusion. In einer Gesellschaft, in der man Gesundheits- und Pflegeleistungen zunehmend privat mitbezahlen muss, erscheint das private Vermögen als eine Art Versicherung auch für die Würde im Alter. Hierdurch werden zudem Generationenkonflikte befriedet. Die nachwachsende Generation hat durchaus ein Interesse daran, dass die Renten- und Pflegekassen Vater und Mutter absichern, weil dadurch zum einen nicht das eigene Vermögen erhalten muss, um die Eltern zu versorgen und zum anderen die Eltern ihr Vermögen nicht abschmelzen – und das verspricht eine Erbschaft.

Das Erben im größeren Stil ist aber ein Privileg weniger Glücklicher. Laut einer Postbank-Studie von 2012 wird künftig nur etwa jede fünfte Erbschaft einen Wert von 100.000 Euro und mehr haben, Immobilien eingerechnet. Wer selbst schon mal geerbt hat, vererbt auch eher etwas weiter. »Unsere Studie zeigt, dass sich Vermögen durch Erbschaften sehr wohl ballt«, erklärt Michael Meyer, Realvorstand der Postbank. Die Mehrheit kann sich nicht darauf verlassen, dass ihr privates Vermögen ausreicht, wenn es irgendwann im Alter mal eng wird.

Das Erben ist dennoch heilig in Deutschland. Besonders der Immobilienbesitz vermittelt ein starkes Gefühl von Sicherheit. Deswegen betonen Sozialpolitiker aller Parteien bei Diskussionen um eine höhere Erbschaftssteuer immer wieder, dass »Oma ihr klein Häuschen« auf jeden Fall von jeder höheren Belastung ausgenommen bleiben soll. Auch wenn es sich dabei um eine Villa in Stuttgart handelt.

Die Mehrheit aber erbt nicht genug, um auch für das Alter gut gerüstet zu sein, und das spricht sich herum. In einer Ge-

sellschaft der Langlebigen bleibt die Absicherung des Einzelnen durch das Kollektiv deshalb die politische Aufgabe der Zukunft. Darin liegt auch eine Chance: Die Politik kann auf eine gewisse Abgabebereitschaft setzen, wenn sie Sicherheiten für das Alter verspricht.

Wer keine Angst mehr haben müsste, im Alter in demütigenden Transferleistungen wie der bedarfsabhängigen Grundversicherung oder gar im Pfllegenotstand zu landen, der wäre auch bereit, schon in jungen und mittleren Jahren seinen Beitrag dafür zu entrichten. In einer alternden Gesellschaft gibt es ein Potenzial für die Einzahlung. Die Politik muss dies allerdings moderieren. Sie darf nicht zu viel verlangen aber eben auch nicht zu wenig.

Es ist zum Beispiel zu vermitteln, warum der Beitrag für die Pflegeversicherung und mittelfristig auch für die Krankenversicherung steigen muss. Es ist nachvollziehbar, warum der Rentenzugang für Verschleißberufe erleichtert werden müsste. Und warum man eine einheitliche Krankenversicherung und Rentenkasse für Arbeitnehmer, Beamte und Selbstständige anstreben sollte. Ganz zu schweigen von einer stärkeren Belastung höherer Erbschaften.

Eine Gesellschaft der Langlebigen braucht Solidarsysteme. Sonst kommt die Angst, auch in den Mittelschichtmilieus. Es ist eine politische Frage, für welchen Weg und welchen Preis man sich entscheidet. ■

Barbara Streidl

Zur Geschlechtergerechtigkeit

Wie wir aus der Post-Gender-Sackgasse entkommen

Wird in der Diskussion um die Geschlechtergerechtigkeit der Begriff »Post-Gender« verwendet, so wird zumeist suggeriert, dass der Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau überwunden wurde. Doch leben wir tatsächlich in einer Gesellschaft, in der Gleichberechtigung und Chancengleichheit existieren, oder handelt es sich bei »Post-Gender« lediglich um einen Vorhang, mit dem man das Problem verdeckt und hofft, dass es sich von selbst löst? Wie sieht die aktuelle Situation darstellt und wie die Ziele definiert werden müssen, beleuchtet unsere Autorin.

Am Ende hat sich dann niemand mehr darüber gewundert, dass die Koalition im Bundestag gegen den Vorschlag gestimmt hat, die Führungsetagen von börsennotierten Unternehmen in Deutschland ab 2023 zu quotieren. Der Zug namens staatlich gelenkte Geschlechtergerechtigkeit war schon vor der Abstimmung in einen Sackbahnhof gelenkt worden: Bundeskanzlerin Merkel hatte auch ihre quotenfreudigen Parteikolleginnen mit einem faden Kompromiss mundtot gemacht; sogar



Barbara Streidl

(* 1972) ist Literaturwissenschaftlerin und arbeitet als freie Journalistin und Musikerin in München. Ihre Schwerpunkte sind u.a. frauenpolitische Themen sowie die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zuletzt erschienen: *Kann ich gleich zurückrufen?*

barbara.streidl@alpenstrasse.net

Quoten-Anhängerin Ursula von der Leyen musste sich ein verbissenes Schweigelächeln abzwängen. Dabei hatte doch alles